

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) dpa-Korrespondent Hans-Joachim Bargmann diskutiert in der 'Welt' vom 19.5. die Frage, wann die Bundesregierung zu einem Dialog mit der VRCh bereit sei. Als positive Anzeichen könne man drei Punkte vermerken:

1. haben chinesische Aussteller zum ersten Mal an der 'Grünen Woche' in Berlin teilgenommen
2. dürfe die chinesische Tischtennis-Mannschaft in der Bundesrepublik mehrere Spiele absolvieren
3. hat während der gerade beendeten Cantoner Frühjahrsmesse erstmals ein hoher Beamter des Wirtschaftsministeriums teilgenommen und mit dem Generalsekretär dieser größten chinesischen Exportmesse zusammentreffen können.

Schwache Argumente, die aber, wenn man sie zusammen mit dem Schröder-Besuch in Peking sieht, eine gewisse Relevanz annehmen.

In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder die letzte Erklärung von Bundesaußenminister Scheel vom 23. Februar erwähnt, daß es heute nicht mehr darum gehe, die zwischen der VR China und der Bundesrepublik bestehenden guten Handelsbeziehungen auf rein privater Basis Schritt für Schritt allmählich weiterzuentwickeln, sondern daß es der Bundesrepublik jetzt um diplomatische Beziehungen zu tun sei, und daß die Regierung zum richtigen Zeitpunkt das Nötige unternehmen werde. (Betr. BRD s. auch Übersicht Außenhandel)

WESTEUROPA

EWG

(2) Das Echo der chinesischen Presse auf das Treffen Brandt - Heath vom Ende April in London war äußerst positiv. Neben der betont sachlichen Berichterstattung fiel vor allem ein Satz auf: 'Brandt und Heath wollten die Entwicklung der EWG beschleunigen, damit sie noch wirkungsvoller der Kontrolle und Intervention von Seiten der Supermächte entgegenarbeiten kann'. (PRu, 1972 Nr. 18 S. 23)

MALTA

(3) Wie der maltesische Ministerpräsident Dom Mintoff nach seiner Rückkehr aus der VR China bekanntgab, hat China der Inselrepublik ein zinsloses Darlehen von 42,6 Mio. US \$ gewährt, an welches keinerlei Bedingungen geknüpft sind. 10% des Betrags sollen sofort ausbezahlt werden, während der Rest in Form von Entwicklungsprojekten gewährt wird. Erst nach 1984 soll der Betrag in 10 Jahresraten zurückbezahlt werden. Die VRCh erwartet sich von dieser Finanzspritze eine stärkere wirtschaftliche Unabhängigkeit Maltas, eines Staates also, der gerade von der Sowjetunion im Rahmen ihrer Mittelmeerpolitik besonders nachhaltig umworben wird. (S.a. C.a. zum Feldzug Pekings gegen Moskaus Seewegstrategie, März 1972)

(4) Pekings Politik der Vereinten Fronten, die darauf abzielt, die beiden Supermächte, vor allem die Sowjetunion, maximal zu isolieren, hat bei Ministerpräsident Dom Mintoff spürbaren Eindruck hinterlassen. Weder wird Malta der 6. amerikanischen Flotte das Anlaufen seiner Häfen zu Reparaturzwecken erlauben, noch wird in La Valetta eine sowjetische Botschaft errichtet.

Während der sowjetische Botschafter seine Geschäfte in Malta von London aus wahrnehmen wird, wird Peking demnächst eine Mission auf Malta einrichten.

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

UdSSR

(5) Die sowjetische Begleitmusik zu Nixons Pekingbesuch wurde von der VRCh vorerst nicht durch eine eigene Version zum Moskaupfahl bereichert. Obwohl Pekings Theorie von den beiden 'Supermächten' hier hätte handfest demonstriert werden können, hüllte sich Hsin-hua vor und während des Besuchs des amerikanischen Präsidenten in Moskau zunächst in Schweigen. Lediglich Kyodo kolportierte eine distanzierende Äußerung Chou En-lais zum SALT - Abkommen.

Mögliche chinesische Stellungnahmen antizipierte dafür Albanien mit einem Frontalangriff gegen die 'Koordination der Globalstrategie der beiden Supermächte'. Die prinzipielle, konsequente und korrekte Haltung der VRCh wird belobigt, da sie nicht bereit sei 'mit irgendjemand Gespräche über Vietnam zu führen'. Moskaus Vietnamhilfe wird als reines Propagandaalibi bagatelisiert. Tirana mischt allerdings albanisches Gewürz in seine Stellungnahme, wenn herausgehoben wird, der Kampf gegen die beiden Supermächte müsse gleichzeitig geführt werden.

(6) Spekulationen über ein momentanes Abflauen der sino - sowjetischen Spannungen - in erster Linie aus der Not der amerikanischen Seeblockade im Golf von Tonking geboren - können sich lediglich auf folgende Argumente stützen:

a) Nach Angaben der UdSSR werden sowjetische Raketen und andere Waffen nun mit der Bahn durch die VRCh transportiert. Eine nordvietnamesische Delegation, angeführt vom Verkehrsminister Phan Trong Tue, und dem Stellvertretenden Handelsminister Ly Bay hat in China die sowjetischen und die chinesischen Lieferungen für Hanoi koordiniert. Benutzt werden die Bahnlinien von Kunming nach Nanning, dazu lokale Trassen. Eine Anzahl von Zügen der Linie Peking-Canton sind von der VRCh bereitgestellt worden, um den vermehrten Schienentransport zu ermöglichen.

b) Bei der Verabschiedung des Leiters der nordvietnamesischen Verhandlungsdelegation in Paris, Xuan Thuy, in Moskau erschien erstmals seit Jahren auch der chinesische Botschafter. Dieser Vorgang wurde in der sowjetischen Presse eigens vermerkt.

c) Der sowjetische Botschafter in Peking, L. Tolstikov flog nach einer Unterredung mit Chou En-lai am 17.5. nach Moskau. Eine Besprechung des chinesischen Botschafters in der sowjetischen Hauptstadt „ Liu Hsin-chüan, im Moskauer Kreml war vorhergegangen. Im Mittelpunkt soll ebenfalls eine intensivere Verwendung chinesischer Eisenbahnen und südchinesischer Häfen für sowjetische Lieferungen nach Nordvietnam gestanden haben.

d) Die Delegierten der sowjetisch-chinesischen Grenzgespräche konnten auf Einladung der chinesischen Seite mehrere Städte und Provinzen der Volksrepublik besuchen. In Canton legten sie zu Beginn des Monats Kränze an den Gräbern der Opfer des Aufstandes von 1927 nieder, ebenso bei der Gedenkstätte für zumeist von der KMT hingerichtete Mitglieder des sowjetischen Konsulates der Stadt.

Gedenkstätte für zumeist von der KMT hingerichtete Mitglieder der des sowjetischen Konsulates der Stadt nieder.

(7) Die Sowjetunion bemüht sich intensiv um die Verwirklichung des 'kollektiven Sicherheitssystems für Asien', als Friedensbollwerk nach dem Ende des Indochinakrieges. Radio Moskau propagierte erneut ausführlich den Breschnjew-Vorschlag auf dem 15. sowjetischen Gewerkschaftskongress. Der Plan werde 'von verschiedenen anderen Ländern des Sozialismus' unterstützt. Indien und Japan hätten darüber hinaus verschiedene Vorschläge zur Verwirklichung gemacht. Der japanische Botschafter in den USA, Ushiba, erklärte allerdings am 22.5. vor der Presse, die japanische Regierung lehne den sowjetischen Vorschlag ab, da er daraufhinziele, China zu isolieren.

(8) Die UNCTAD-Konferenz, die von Moskau ansonsten als Erfolg bewertet wurde, muß zu neuer anti-chinesischer Propaganda der Sowjets herhalten. Es wird behauptet: Die Entwicklungsländer beobachteten Chinas Delegation mit Enttäuschung und Vorsicht, weil sie keine konstruktiven Vorschläge unterbreiten könne, sondern statt dessen in leere Worte über Abrüstung ausweiche. Die bulgarische Presse verstärkte Moskaus Versuch, Peking in den Augen der Entwicklungsländer zu diffamieren durch einen Angriff auf Chinas Haltung gegenüber Hong Kong und Macao. Die Forderung der Chinesen vor den Vereinten Nationen, die britischen und die portugiesischen Territorien von der Liste der Kolonien streichen zu lassen, beweise, daß Peking zwar in Afrika den Kolonialismus lautstark bekämpfe, für Hong Kong und Macao aber eine 'Entkolonialisierung chinesischer Art' vorziehe, weil man am status quo interessiert sei.

(9) Die sowjetische Maoismus-Kritik stellt sich langfristig auf eine Zusammenarbeit zwischen der VRCh und den USA ein. Der Stellvertretende Direktor des Fernostinstituts, V.A. Krivcov, legte in der ersten Nummer der zur neuen antichinesischen Plattform gewordenen Zeitschrift 'Fernostprobleme' (1/72) eine leicht modifizierte ideologische Analyse vor. War besonders seit der Kulturrevolution der chinesische Kurs oft als 'linkes Abenteuerum', 'ultralinkes, nihilistisches Revoluzzertum' und als 'superrevolutionärer Enthusiasmus' bezeichnet worden, so richtet sich der sowjetische Angriff jetzt auf den 'prinzipienlosen Charakter der maoistischen Politik' auf 'Pragmatismus', ja sogar auf einen 'rechten Opportunismus' der chinesischen Kommunisten. Ein Grundsatzartikel über die jetzigen Aufgaben der sowjetischen Chinaforschung spricht von außenpolitischen Manövern der KPCh in Form einer prinzipiellen Umorientierung der Außenpolitik und des Außenhandels zu den USA und den imperialistischen Ländern. Die 'Linksabweichung' der Chinesen, die zuvor zusammen mit der Anschuldigung des Chauvinismus und des Nationalismus im Vordergrund gestanden hat, wird damit als 'Maskierung' der 'Rechtsabweichung' oder als 'linkes Phrasendreschen' hingestellt.

ALBANIEN

(10) Die Diskussion über eine gewisse Nuancierung des Verhältnisses Peking - Tirana läuft für China-watcher auf die Frage hinaus, wieweit heut Albanien noch als vorgeschobener Lautsprecher der VRCh in Europa angesehen werden kann. Es deutet jedoch vieles daraufhin, daß es keine Differenzen gibt. Einmal verweilte der ZK-Sekretär Hoxha während des 7. albanischen Gewerkschaftskongresses

erneut in aller Breite bei dem Topos der sich täglich festigenden Freundschaft und Zusammenarbeit mit China, zum anderen sprechen gezielte Ausfälle polnischer und tschechischer Zeitungen eine unmißverständliche Sprache: Rude Pravo beklagt die 'Tatsache, daß Politik und Massenmedien Albaniens zu einem Sprachrohr Pekings und seines spalterischen Kurses geworden' seien. Ein polnisches Blatt kreidet Albaniens Parteiorgan Zeriipopullit an, daß es mit seinen antisowjetischen Angriffen mit der chinesischen Presse wetteifere.

Eine Koordination in wichtigen außenpolitischen Fragen zwischen Peking und Tirana, bei denen Albanien eine zugespitztere Stellungnahme abgibt - wie im Ostblock die engsten Satelliten Moskaus - legt der Berichtsmonat weiterhin nahe. Die Ratifizierung der Ostverträge wird als Ballspiel der sowjetischen Sozialimperialisten mit dem Westdeutschen Imperialismus hingestellt, den die Kremelhäuptlinge noch vor zwei Jahren nachdrücklich verurteilten. Moskaus Seewegestrategie (s.c.a., April 72) kommentiert man als 'konterrevolutionäre Globalstrategie' der beiden Supermächte, die ein Wettrennen um Einflußbereiche und um die Installation neuer Militärbasen betreiben. Die Militärpakte der USA in Asien, schreibt die Zeitung Bashkimi, sollten von der 'revisionistischen Clique im Kremel' durch den geplanten kollektiven Sicherheitspakt ersetzt werden. Es spanne sich der Bogen vom Mittelmeer, wo die Supermächte dem Traum Mussolinis vom 'mare nostrum' nachjagten, über den Nahen Osten, wo die Sowjetunion eine 'sogenannte friedliche Lösung' aufzuoaktroyieren wolle, bis hin in den Indischen Ozean. Dort trate der sowjetische Revisionismus als 'Gendarm' auf, der nur Konflikte schüre und Indien zur 'Aggression gegen Pakistan' aufgehetzt habe. Die Kollaboration der Supermächte richtet sich, so die albanischen Quellen, vor allem gegen China. Der Kremel verfolge als langfristige Strategie die Einkreisung der Volksrepublik. Auch Vietnam wird als ein Stein im Einkreisungsspiel hingestellt; Moskau gebe sich in der gegenwärtigen Auseinandersetzung als Verteidiger des vietnamesischen Volkes aus, seine materielle Hilfe sei aber nur ein kalkulierter Aufwand, während den Vietnamesen vor allem das chinesische Volk zur Seite stehe.

RUMÄNIEN

(11) Nach einem 5-tägigen Staatsbesuch in der VRCh kehrte der rumänische Vizepräsident des Staatsrats, E. Bodnaras, am 4. Mai nach Bukarest zurück. Letzter Zwischenaufenthalt auf dem Rückflug war Moskau. Bodnaras, der eine Militärdelegation der rumänischen Regierung leitete, hatte beim Besuch einer Panzereinheit der chinesischen VBA die zwischen beiden Ländern bestehende 'kämpferische Freundschaft' gepriesen. Einen Akzent besonderer Art setzte die Begleitung des Vizepräsidenten, Vertreter der 'Patriotischen Garden', die nach dem sowjetischen Einmarsch 1968 in Prag reaktiviert worden waren, um jeden 'Aggressor' zurückzuschlagen.

(12) Die Rolle des ehrlichen Maklers, die Rumänien in der Weltpolitik zu spielen gewillt ist, erläuterte Bodnaras auf einer Tischrede. Auf das chinesisch-sowjetische Zerwürfnis eingehend sprach der Vizepräsident vom unablässigen Kampf Rumäniens für die 'Einheit aller sozialistische Länder'. Nach dem wenig erfolgreichen Mittlerversuch im Nahostkonflikt während des Besuch von Minister-

präsidentin Golda Meir in Bukarest, bot Präsident Ceausescu am 5. Mai seine guten Dienste für Verhandlungen zwischen China und Japan an, wo er im Juni zu einem Staatsbesuch erwartet wird. Ein Fernsehinterview dieses Inhalts gab Ceausescu einem Reportage-Team des japanischen staatlichen Rundfunks (NHK) in Bukarest und versicherte, auch für eine friedliche Lösung des Vietnamkrieges werde er versuchen, sich vermittelnd einzuschalten.

TSCHECHOSLOWAKEI

(13) In einer Spätreaktion auf das Shanghaier Komunique veröffentlichte Rude Pravo eine Artikelserie über die Entwicklung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen, die als verschärfte Polemik gegen Nixons Peking-Verhandlungen aufgefaßt werden kann. Die Zeitung nimmt die chinesische Theorie der Supermächte unter Beschuß und stellt klar, 'Pekings ultrarevolutionäre, antiimperialistische Phrasologie' verdunkle nur den Umstand, daß in der Alternativversion von den 'ein oder zwei Supermächten' die Sowjetunion zum Hauptfeind avanciert sei. Peking versuche mit dem demagogischen Gleichheitszeichen zwischen der sowjetischen und der aggressiven, imperialistischen Politik vergeblich, sich die Führungsposition in der sozialistischen und in der Dritten Welt zu sichern, die kleinen und mittleren Staaten um sich zu scharen und selbst dritte Supermacht zu werden. Mit den USA kollaboriert Peking, nach Meinung der Zeitung, um des durchsichtigen Zieles willen, ein Anwachsen der Autorität der Sowjetunion in Südostasien zu verhindern, ein Indochina auf anti-sowjetischer Grundlage zu kreieren und die 'wirtschaftliche Expansion des sowjetischen Partners (!) Japan' zu beeinträchtigen. Im Vietnamkonflikt kann sich, Radio Prag zufolge, Nixons 'brutale Eskalation des schmutzigen Krieges' auf Abmachungen in Peking stützen. China sei an seiner anti-sowjetischen Haltung mehr interessiert, als am Schicksal der Völker Indochinas, die man mit Phrasen abseise anstatt sie mit Taten zu unterstützen. Pekings Ostblockpolitik, die 'zweite Front des ideologischen Kampfes gegen die UdSSR', attackiert Rude Pravo mit einem Artikel des Sowjethistorikers Alexandrov. Starke Ressentiments, vor allem gegen Rumäniens eigenwillige Außenpolitik, lassen sich aus der Verurteilung 'nationalistischer, separatistischer und revisionistischer Elemente in gewissen Ländern des sozialistischen Systems' ablesen. Von ihnen verlange Peking, mit seiner 'differenzierten' Osteuropapolitik, so das Parteiblatt, eine neutrale Haltung, um sie dann zu albanisieren.

NORDAMERIKA

USA

(14) Das Gespräch zwischen den USA und der VRCh, das sich seit März gut angehalten hatte, ist im Berichtszeitraum ins Stocken geraten. US-Botschafter Arthur K. Watson und der chinesische Botschafter Huang Chen trafen sich am 13. März, am 20. März und am 2. April, um Fragen des Handels und des Reiseverkehrs zu besprechen. Am 3. April flog Botschafter Huang für einen Monat nach Peking. Seitdem ist es zu mehreren Besprechungen zwischen Botschaftsangehörigen auf unterer Ebene gekommen. Über Ergebnisse ist wenig zu erfahren. Wie die US-Botschaft mitteilt, ist es der Zweck der Gespräche zwischen Watson und Huang, sicherzustellen, daß für die gegenseitige Verständigung jeder-

zeit ein Kanal offensteht.'

(15) Anfang Mai kehrten die beiden Senatoren Mansfield und Scott von einem 16-tägigen Besuch der VRCh zurück. Nach einem 5-tägigen Aufenthalt in Peking, bei dem sie u.a. über die amerikanisch-chinesischen Beziehungen, den Chinakonflikt und andere vorrangige Probleme konferiert hatten, besuchten sie weitere Großstädte und auch Dörfer.

(16) Der liberale amerikanische China-Experte J.K. Fairbank (Harvard) traf am 24. Mai zu einem Besuch in Peking ein. Professor Fairbank war in den letzten Jahren in Taiwan mit einer eigens zu diesem Zweck gegründeten, der KMT nahestehenden Zeitschrift als 'Kommunist' angegriffen worden. Von der Pro-Peking-Gruppe 'Concerned Asian Scholars' wurde er beschuldigt, die zwei Jahrzehnte amerikanischer containment-Politik implicite durch das Wirken seiner Schule gedeckt zu haben. Die sowjetische Chinaforschung hatte 1968 durch ein Buch des Lenin-graduierter Historiker Bereznyj die Fairbank-Schule in ähnlicher Weise als ideologischen Hauptgegner angegriffen, was 1971 zu einer amerikanisch-sowjetischen wissenschaftlichen Kontroverse geführt hat. Fairbank hat sich zunächst als Anhänger der 'Zwei-China-Theorie' nachhaltig für die Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen eingesetzt.

SÜDAMERIKA

GUYANA

(17) China hat der kleinen, an der Nordostküste Südamerikas liegenden Republik Guyana einen Kredit über 26 Mio. US \$ zinslos und mit einer Laufzeit von 20 Jahren eingeräumt. Guyana ist, mit Ausnahme von Kuba, der erste südamerikanische Staat, der von Peking Entwicklungshilfe erhält. Soll Guyana auf lange Sicht für China einen ähnlich wichtigen Stellenwert bekommen, wie ihn derzeit Kuba für die Sowjetunion einnimmt? Ganz undenkbar ist dies jedenfalls nicht. Als vor kurzem eine guyanische Handelsmission Peking besuchte, wurde sie prompt mit der Forderung nach Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen konfrontiert. Von dieser bemerkenswerten Entwicklung abgesehen, haben sich die Beziehungen zwischen Peking und Lateinamerika im Berichtsmonat fast ausschließlich auf Sportbegegnungen konzentriert.

AFRIKA

ÄTHIOPIEN

(18) Anlässlich des 31. Jahrestags der Rückkehr Haile Selassie in das von den Italienern befreite Addis Abeba gab der äthiopische Botschafter in Peking einen Empfang, an dem auch Chou En-lai und der Außenminister Ch'i P'eng-fei teilnahmen. Betont wurden die Gemeinsamkeiten im Kampf gegen den Imperialismus (italienische Aggressoren) und die Zugehörigkeit zur Dritten Welt. Ch'i P'eng-fei trug sodann die chinesische Analysformel für Afrika vor, die sich wesentlich von Chou En-lais Analyse im Jahr 1964 (Afrika ist reif für die Revolution) unterscheidet. Ch'i P'eng-fei meinte: 'Gegenwärtig ist die Situation in Afrika ausgezeichnet. Der Kampf der afrikanischen Völker, die sich immer mehr zusammenschließen und gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus sowie gegen Rassendiskriminierung ankämpfen, nimmt an Intensität zu. Die afrikanischen

Länder spielen eine wachsende Rolle in internationalen Angelegenheiten. Auf Verlangen der afrikanischen Länder hielt der UN-Sicherheitsrat dieses Jahr z.B. eine Sondersitzung in Addis Abeba ab. Auch das UN-Sonderkomitee für Entkolonialisierung tagte in Guinea, Zambia und Äthiopien.

Diese Erklärung beweist erneut, daß der Hauptwiderspruch in Afrika z.Zt. nicht im Verhältnis zwischen revolutionären Kräften und Bourgeoisie (bzw Feudalismus) liegt, sondern vielmehr im Verhältnis zwischen 'Imperialismus und unterjochten Völkern'. Auch ein Land wie Äthiopien, in dem noch 90% der Bevölkerung Analphabeten sind, ist daher als Partner in der anti-imperialistischen Allianz willkommen.

MAURITIUS

(19) Mauritius hat von der VRCh im Mai 72 einen Entwicklungshilfekredit über 135 Mio. DM erhalten. In absehbarer Zeit will die Insel mit Peking Botschafter austauschen. Vorerst dürfen die Sowjets im Hafen von Port Louis einen Versorgungsstützpunkt für ihre Fischereiflotte im Indischen Ozean unterhalten. Es wird eine der Zielsetzungen der chinesischen Politik sein, den Gedanken einer Neutralisierung des Indischen Ozeans, der zu Beginn dieses Jahres bereits von der ceylonesischen Ministerpräsidentin Frau Bandaranaike, verkündet worden ist, auch dem Inselstaat Mauritius nahezu legen. Vielleicht wird die sowjetische Marinestation dann von der Insel verschwinden.

TANSANIA

(20) Wie der Chef der tansanischen Streitkräfte am 1. Mai bekannt gab, wird Tansania Ende des nächsten Jahres eine Staffel MIG-Düsenjäger erhalten, die in der VRCh gebaut wurde. Zur Zeit erstellen die Tansanier einen dafür geeigneten Flugplatz. Tansanische Piloten und Bodenpersonal erhalten seit Ende 1970 in China das nötige Spezialtraining. Wahrscheinlich kehren sie nächstes Jahr nach Tansania zurück und bilden dann den Kern der Luftstreitkräfte des ostafrikanischen Staates. Welchen Typ von MIG-Jägern Tansania erhalten wird, steht noch nicht fest. Die Entscheidung wird von der Lieferfähigkeit Chinas abhängen.

Seit dem Abzug der kanadischen Ausbilder hat China damit nicht nur das Training der tansanischen Landstreitkräfte, sondern auch das der Luftstreitkräfte übernommen. Auch leistet es Hilfe beim Ausbau des Hafens von Dar-es-Salaam, so daß über kurz oder lang auch eine tansanische Marine unter chinesischer Ägide entstehen dürfte.

UGANDA

(21) Seit Ende April die israelischen Entwicklungshelfer aus Uganda abgezogen worden sind, ist ein Vakuum entstanden, das sowohl Peking als auch Moskau ausfüllen wollen. Den Sowjets erscheint Uganda als idealer Ansatzpunkt für ein sowjetisches Gegengewicht gegen die starke chinesische Präsenz in Tansania. Peking indes hat angekündigt, daß es nach 6-jähriger Pause (die diplomatischen Beziehungen waren bereits 1962 schon einmal aufgenommen worden) in Kampala künftig wieder durch einen Botschafter vertreten sein wird.

Zwei Ziele verfolgt Peking mit seinem Manöver: Es tritt hier, wie überall in der Dritten Welt, frontal gegen die Sowjetunion an und es will seinen starken Einfluß in Ostafrika aufrecht erhalten, der vor allem durch den Bau der Tansam-Bahn etabliert worden ist. Der ost-

afrikanische Wirtschaftsraum rückt, nicht zuletzt dank der Tansam-Bahn, näher zusammen, so daß in Zukunft eine stärkere Frontbildung gegen den weißen Süden möglich ist. Die Chance einer Mitwirkung will Peking sich nicht durch eine Intervention Moskaus verderben lassen.

In Verfolgung dieser Ziele betreibt Peking bewußt Realpolitik. Seit das neue Staatsoberhaupt von Uganda, General Amin, im Januar 1971 durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen war, hatte es zahlreiche Spannungen mit Peking gegeben. Im Juli und August 1971 behauptete Amin im Anschluß an mehrere Grenzgefechte zwischen Uganda und Tansania, daß die VRCh Rebellen gegen sein Regime ausbilde. Auch behauptete er immer wieder, daß die Chinesen geflüchtete Anhänger seines Vorgängers, Milton Obote, in Tansania zu Guerrillas ausbildeten und sie dann nach Uganda einschleusten. China hat gegen diese Anschuldigungen einige Male scharf Stellung genommen, scheint den Zwischenfall aber inzwischen 'vergessen' zu haben. Ostafrika ist eine Verzeihung wert!

ASIEN

BANGLA DESH

(22) Mit gewissem Optimismus sieht man in Dacca der baldigen Anerkennung von Bangla Desh durch die VRCh entgegen. 19 Staaten in Fernost und Südostasien unterhalten bereits diplomatische Beziehungen mit Dacca. Die VRCh, die sich im indo-pakistanischen Krieg auf die Seite von Islamabad geschlagen hatte, ist bisher der einzige Staat in der Region, der mit seiner diplomatischen Anerkennung immer noch zögert. Bekannt sind jedoch die guten Beziehungen zwischen Chou En-lai und dem früheren pakistanischen Botschafter in Peking, K.M. Kaiser, einem Bengalen, der für Bangla Desh optiert hat. Auf diesem Wege könnte möglicherweise ein neuer Kontakt gesponnen werden.

HONG KONG

(23) Nach Meinung der Far Eastern Economic Review hat die 'Flüchtlingssaison', die jedes Jahr zwischen Mai und September ihren Höhepunkt erlebt, wieder begonnen. Im Jahr 1971 sind nach Schätzungen der Hongkonger Behörden rund 12 000 Flüchtlinge aus der VRCh in Hong Kong eingewandert, wobei etwa 90% als 'Freiheitsschwimmer' in die Kronkolonie gekommen sind, (1971 wurden 3894 Flüchtlinge identifiziert, die Dunkelziffer liegt jedoch 3 mal, nach einigen Schätzungen sogar 5 mal, über der Zahl der identifizierten Flüchtlinge). Ein gutes Drittel der Ankömmlinge sind Aktivisten aus dem Kreis der Roten Garden, die aufgrund der Bewegung zur Landverschickung (s. Themen des Monats) in die Provinz Kuangtung gekommen sind.

Einige Interviewer, die systematische Fragen an die meist 16 - 25-jährigen Flüchtlinge gerichtet haben, sind der Meinung, es handle sich bei der Flucht ehemaliger Rotgardisten um die 'Rebellion' eines Teils der studentischen Bevölkerung in der Provinz Kuangtung gegen die Auswirkungen der Kulturrevolution in diesem Bereich. (FEER 29,4,72,S.18 ff)

INDIEN

(24) In einer Fragestunde betonte der indische Außenminister, Swaran Singh, Neu Delhi werde nicht die

von 'China besetzten indischen Gebiete' in der Region Ladakh vergessen. Die indische Regierung habe sehr wenig Informationen über die Bedingungen, unter denen die Inder 'in den von den Chinesen besetzten Gebieten' leben. Die gesamte Frage müsse 'bilateral und mit friedlichen Mitteln gelöst' werden.

Die umstrittenen Gebiete, um deren Besitz es bei den kriegerischen Auseinandersetzungen von 1962 gegangen war, teilen sich in zwei geographisch weit auseinanderliegende Areale an der tibetisch-indischen Grenze auf, nämlich in einen Westsektor, (Grenzgebiet zwischen Ladakh, Tibet und Sinkiang) und in einen Ostsektor im indisch-tibetischen Grenzgebiet zwischen Bhutan und Birma. Singh hat nur den westlichen Teil angesprochen, weil die Chinesen ihre Truppen aus dem östlichen Teil bereits 1962 einseitig und freiwillig abgezogen haben.

JAPAN

(25) In seinem Interview mit der Delegation der Komeito (Delegationsleiter Bunzo Ninomiya, vom 7.5. bis 23.5. d.J. in der VRCh) bezeichnete Chou En-lai die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und der VRCh als 'im Interesse des Friedens in Asien'. Der Besuch eines Vertreters der japanischen Regierung, welcher die 'Drei Prinzipien' (Die VRCh ist die einzige legitime Regierung in China; Taiwan ist integrierender Bestandteil der VRCh; der Friedensvertrag zwischen Japan und der Republik China ist ungültig.) anerkenne, würde von Peking begrüßt. Chou En-lai würde nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen eine Einladung nach Japan nicht ablehnen.

Trotz des unverändert harten Kerns in der Äußerung Chou En-lais begrüßte Ministerpräsident Sato diese 'drastische Veränderung der Haltung Pekings gegenüber Tokyo' ebenso, wie sein Außenminister Fukuda. Die 'Veränderung' dürfte vor allem in dem von Chou bekundeten Interesse liegen, mit Japan ins Gespräch zu kommen. Sato erfüllte dann auch auf einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses d. japanischen Unterhauses am 24.5. die Forderung, daß die Regierung der VRCh als die 'einzige legitime Regierung in China angesehen werden solle'. Bezüglich des Vertrages mit der Republik China fügte er jedoch hinzu: 'Es ist notwendig, in vollem Ausmaß die Umstände zu verstehen, unter welchen Japan die Republik China als Signatarstaat des Vertrages gewählt hat.' Er deutete weiter an, daß seine Regierung nicht die Absicht habe, diesen Vertrag umgehend für nichtig zu erklären.

Fukuda hatte am 18.5. hierzu die Ansicht vertreten, daß die VRCh die Annulierung dieses Vertrags nicht zur 'condition sine qua non' für die Aufnahme von Verhandlungen machen solle, das Problem könne im Verlauf der Gespräche über die Normalisierung der Beziehungen gelöst werden.

NEPAL

(26) China hält nach wie vor seine Stellung als Pionier des nepalesischen Straßenbaus. Bisher hat es bereits zwei wichtige strategische Straßen gebaut. Die eine verbindet Kathmandu mit Lhasa in Tibet, eine andere führt von Kathmandu ins Pokhara-Tal im mittleren West-Nepal. Nunmehr baut die VRCh eine dritte Verkehrsader und zwar eine 50 km lange Ringstraße, die das Kathmandu-Tal an seinen Rändern abtastet.

PHILIPPINEN

(27) Immer mehr philippinische Delegationen (vor allem Ärzte) kommen in jüngster Zeit in die VRCh und werden dort von offiziellen Freundschaftsorganisationen sorgfältig betreut. Peking läßt es aber nicht bei solchen Besuchen der Volksdiplomatie bewenden. Es unterstützt vielmehr noch zusätzlich die Umsturzversuche der philippinischen KP und ihrer am 26.12. 1968 gegründeten 'Neuen Volksarmee' in Nord- und Mittelluzon. (Vgl. hierzu die entsprechende Unterstützungserklärung in PRu 1972/3, S.8 f. und neuerdings in SWB 3976/A3, S.10 ff).

Die Revolutionsstrategie der philippinischen KP folgt ganz der Blaupause des chinesischen Vorbildes: Unter Führung der eng mit den dörflichen Massen verbundene KP sollen ländliche Basen errichtet werden, die sich effektiv gegen die 'Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzüge' der Regierung wenden können (1970 will diese Volksarmee z.B. 600 Regierungssoldaten getötet oder verwundet und sogenannte 'Lokaltyrannen' liquidiert haben). Die Volksstreitkräfte (hierzu gehören 'reguläre Einheiten', 'lokale Guerillas' und 'Milizen') stehen auf eigenen Beinen (Unsere Gegner sind zugleich unsere Hauptwaffenlieferanten; die Armee produziert für sich selbst.), verläßt sich auf die Strategie des Volkskrieges und hilft der Partei, Dorfbräute zu errichten (sogenannte Barrio-Revolutionen mit 5 Abteilungen, nämlich für Organisation, Erziehung, Wirtschaft, Verteidigung und Gesundheit), Pachtgebühren zu reduzieren, für niedrigere Zinssätze zu kämpfen und die Felder an die landlosen Pflüger zu verteilen.

Um den Maoisten in den Philippinen das Wasser abzugraben und um zugleich der neuen Situation gerecht zu werden, die durch den Nixon-Besuch in Peking entstanden ist, versucht die philippinische Regierung immer systematischer, sich Peking zu nähern. Ende Februar 1972 hatte Präsident Marcos, der zwischen der Skylla Taipei (es gibt eine starke Taipei-Lobby unter den 6 000 Auslandschinesen in Manila) und der Charybdis Peking hindurchsteuern muß, seinen Schwager, Benjamin Romualdez, zu Gesprächen mit Chou En-lai nach Peking entsandt. Auch sorgte der Präsident inzwischen für einen speziellen Kabinettsausschuß, der die Chinafrage genauer studieren soll. Überdies wollen seit einiger Zeit in Manila Gerüchte nicht verstummen, daß demnächst auch Frau Marcos, die bereits eine erfolgreiche Moskau-Mission hinter sich hat, ebenfalls eine Reise nach Peking antreten will (FEER 4.3.72, S.17). Hat damit der lange Marsch der Philippinen nach China begonnen?

SRI LANKA (CEYLON)

(28) Zur neuen Verfassung Ceylons vom 22. Mai 72 hebt eine Grußbotschaft Pekings lobend den Emanzipierungs- und Neutralisierungsprozeß in der neuen Republik Sri Lanka hervor. Die Entlassung aus dem Kolonialverband des Commonwealth und dem westlichen Lager manifestierte sich u.a. darin, daß Sri Lanka künftig seine Offiziere nicht mehr in den USA und in Israel ausbilden lasse, daß man das Peace Corps vertriebe und die ausländischen Öl- sowie Teegesellschaften übernommen habe. Sri Lankas Politik in Richtung auf ein Non-alignment zeige sich vor allem in seinem Streben nach Entmilitarisierung des Indischen Ozeans. (Vgl. zum Letzteren C.a., April 72, S.10 ff)

THAILAND

(29) Im Berichtszeitraum häuften sich Gerüchte, daß Thanat Khoman, der seit dem Militärcoup vom November 1971 als Außenminister abgesetzt worden war und sich dann in ein Kloster zurückgezogen hatte, wieder Außenminister werden wird. Die Bedeutung dieser Entwicklung liegt darin, daß Thanat bereits während seiner Amtszeit zielstrebig versucht hatte, einen *modus vivendi* mit der VRCh zu finden.

Das Problem der Auslandschinesen ist in Thailand weniger gravierend als in anderen asiatischen Staaten, da die Chinesen sich dort -anders als in den ehemals kolonial unterjochten Ländern- ganz mit der einheimischen Elite identifiziert haben. Trotzdem war es 1945 bei den Yaowarat-Zwischenfällen zu Spannungen mit der einheimischen Bevölkerung gekommen. Die Chinesen blickten damals auf Chiang Kai-shek. Heute jedoch sind sie mehr nach Peking orientiert. Die neue thailändische Regierung muß darauf achten, daß dieser potentielle Unsicherheitsfaktor, der im Zeichen eines neuen siamesischen Nationalismus wachsen könnte, nicht aktiviert wird.

VIETNAM

(30) Anfang Mai wurden die beiden chinesischen Frachtschiffe 'Hongqi Nr.152' und 'Hongqi Nr. 160', die vor der nordvietnamesischen Küste ankerten, von amerikanischen Flugzeugen angegriffen. (Zur chinesischen Haltung gegenüber dem Vietnamkrieg Vgl. Themen des Monats, 'Vietnam und kein Ende')

TAIWAN AUSSENPOLITIK

SENEGAL

(31) Am 13. Mai bezogen 8 volkschinesische Diplomaten die chinesische Botschaft in Senegals Hauptstadt Dakar. Nach der Abreise des zuvor hier residierenden nationalchinesischen Botschafters arbeitet die Entwicklungshilfe aus Taiwan weiter, unter der Leitung eines Agraringenieurs. Die nationalchinesischen Experten sind einem 'wirtschaftlichen Kooperationsbüro' unterstellt worden. Dies scheint der erste Fall einer stillschweigenden Koexistenz Peking - Taipei in einem dritten Land zu sein.

UNGARN

(32) Die von Außenminister Chou Shu-kai angekündigten Beziehungen Taiwans zu kommunistischen Staaten realisieren sich. Zwei Historiker aus der Republik China werden im August auf Einladung des Ungarischen Kartographischen Instituts an einer internationalen Konferenz teilnehmen. Eine sechsköpfige nationalchinesische Delegation wird sich im gleichen Monat an einem Treffen der Internationalen Gesellschaft für Kunsterziehung in Belgrad beteiligen, so meldete Le Monde. Schon im Mai 1969 hatte trotz des Protests offizieller Stellen der VRCh eine nationalchinesische Delegation an einer Konferenz über Welttourismus in Sofia teilgenommen.

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

ASEAN

(33) Eine Konferenz, die auf zustimmendes Echo aus Peking hoffen darf ist für Mai in Kuala Lumpur anbe-

raumt, nämlich das Treffen der fünf ASEAN-Länder (Philippinen, Singapur, Malaysia, Thailand und Indonesien). Zweck des Treffens sind Gespräche über die Neutralisierung Südostasiens. Es soll eine Zone des Friedens, der Neutralität und der Freiheit werden und frei vom Einfluß der Großmächte sein. Durch eine Neutralisierung dieses Gebietes würde de facto die Mitgliedschaft von Ländern wie Thailand und den Philippinen zur SEATO aufgehoben.

ASIATISCHE TISCHTENNIS - UNION

(34) Die VRCh hat ihre Versuchsserie, mit Tischtennis Politik zu betreiben, um einen weiteren Versuch bereichert. Vom 4. bis 7. Mai fand in Peking die Gründungsveranstaltung für eine Asiatische Tischtennis-Union statt. Neben der VRCh nahmen 15 weitere Staaten teil (Kambodscha, Sri Lanka, Nordvietnam, Nordkorea, Iran, Irak, Japan, Kuwait, Libanon, Malaysia, Nepal, Pakistan, Palästina, Singapur und Syrien). Länder wie die Philippinen, Thailand, Indonesien oder Indien waren beziehungsweise nicht geladen. Kambodscha war selbstverständlich nicht von Phnom Penh, sondern von Peking aus vertreten. Bedeutsam ist auch die Einladung von Vertretern aus Malaysia und Singapur, also Staaten, die aus der Sicht Pekings bisher im außenpolitischen Zwielicht gestanden hatten.

Die Zielsetzung der ATTU (Asian Table Tennis Union) ist:

- a) Die Förderung der Freundschaft zwischen den Völkern und Tischtennispielern der beteiligten Länder.
- b) Förderung und Popularisierung der Entwicklung und des Fortschritts des Tischtennis in Asien.

Wie Chou En-lai bei der Gründungsfeier hervorhob, zeige die ATTU 'die Einheit der asiatischen Völker'. Er fügte hinzu: 'Die Völker der asiatischen Länder kämpfen, um ihre nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität zu verteidigen. Alle Länder ob groß oder klein, müssen gleichberechtigt sein. Die ATTU verkörpert diese Bestrebungen der verschiedenen Länder'.

Die ersten asiatischen Tischtennismeisterschaften werden vom 12. bis 13. September in Peking stattfinden. Gleichzeitig tagt dort der erste Kongress der ATTU.

OAU

(35) Vom 22. bis 26. Mai 1963 war in Addis Abeba die Organisation der Afrikanischen Staaten (OAU) gegründet worden. Zum 9. Jahrestag dieses 'Afrikanischen Befreiungstages' gratulierte Jen-min jih-pao: 41 afrikanische Staaten hätten inzwischen ihre Unabhängigkeit erlangt. Noch in Unfreiheit lebende Völker befänden sich im bewaffneten Kampf (China leistet hierzu tatkräftige Hilfe, wie die Gerichtsakten von Salisbury beweisen) Die OAU sei ein Kampfverband gegen alten und neuen Kolonialismus, vor allem aber gegen die beiden Supermächte, die nach wie vor um Einflusssphären in Afrika kämpften.

UNCTAD

(36) Auf der im Berichtszeitraum zu Ende gegangenen 'Dritten UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung' im chilenischen Santiago legte Chou Hua-min den prinzipiellen Standpunkt der VRCh in Bezug auf internationale Wirtschafts- und Handelsbeziehungen dar. Zwei Punkte sind hervorzuheben:

- a) Die VRCh nutzte die günstige Gelegenheit erneut, um sich -mit deutlicher Spitze gegen die beiden 'Supermächte- mit den Ländern der Dritten Welt zu identifizieren. Der Schlußsatz der Rede Chou Hua-mins lautete:

'Wir Länder der Dritten Welt müssen uns noch mehr zusammenschließen, über alle Probleme konsultieren und gemeinsam kämpfen, um unsere nationale Unabhängigkeit zu wahren und die Entwicklung der nationalen Wirtschaft zu garantieren.' Die kleineren kapitalistischen Länder tauchten nur an einer Stelle als Zielscheibe auf, nämlich als davon die Rede war, daß bei der Reform des internationalen Währungssystems alle Länder ohne Rücksicht auf ihre Größe, und nicht nur etwa kleine Gruppen (gemeint ist der 'Zehnerclub' der Reichen) mitentscheiden sollen.

b) Die VRCh schlug positive Maßnahmen vor. Da die Rückständigkeit der sogenannten unterentwickelten Länder nicht auf natürliche oder technische Gründe zurückzuführen sei, sondern vielmehr auf die 'Unterdrückung und Ausplünderung von Seiten des Imperialismus und des Kolonialismus', müßten vor allem antiimperialistische und antikolonialistische Strategien gefunden werden. Abgeschafft werden müßten alle Monokulturen und alle Methoden der 'künstlichen Arbeitsteilung' die doch nur dazu dienen, die Entwicklungsländer einerseits als Rohstoffquellen und andererseits als Absatzmärkte zu verwerten. Um dieses Ziel zu erreichen, müßten die einzelnen Länder lernen, auf eigenen Beinen zu stehen. Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und Selbstvertrauen bedeuten jedoch nicht Selbstisolierung; ganz im Gegenteil vielmehr wirtschaftliche Zusammenarbeit mit befreundeten Ländern, um die Entwicklung einer unabhängigen und selbständigen nationalen Wirtschaft zu fördern. Wichtig aber sei hierbei immer, daß die 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz befolgt werden und nicht ein reiches Land unter dem Firmenschild 'Entwicklungshilfe' systematisch arme Länder ausbeute. Dazu sei erforderlich: die Stabilisierung der Preise von Rohmaterialien, die Aufhebung der von den entwickelten Ländern errichteten Zollbarrieren, die Reform des internationalen Währungssystems und die Entwicklung von nationalen Schifffahrts-Versicherungs- und anderen Gesellschaften, um die Monopolstellung einer Handvoll von Ländern zu durchbrechen. Entwicklungskredite dürften nur niedrige oder gar keine Zinsen einbringen. Der Kreditgeber muß den Schwierigkeiten der Empfängerländer voll Rechnung tragen. Technisches Personal darf nicht unter Ausnutzung technischen Wissens Entwicklungsressourcen unter die Kontrolle anderer Länder bringen. Ferner solle der Handel zwischen den Entwicklungsländern ausgedehnt werden. Allerdings soll dieser Handel nicht lediglich als Warenaustausch, sondern zugleich als wichtige Form der gegenseitigen Unterstützung im Kampf gegen den Imperialismus und für die völlige Unabhängigkeit verstanden werden. Im übrigen verwies der chinesische Vertreter auf die berühmten 'Acht Prinzipien für die Hilfe Chinas an andere Länder' die Chou En-lai auf seiner Afrikareise 1963/64 bekanntgegeben hat. (Vgl. das Dokument im Teil Dokumentation dieses Heftes)

UNO

(37) Auf Antrag Pakistans und weiterer 19 Staaten beschloß die Weltgesundheitskonferenz mit 76 gegen 15 Stimmen bei 27 Enthaltungen, die Regierung der VRCh als alleinigen Vertreter Chinas in der World Health Organisation (WHO) der UNO anzuerkennen. Damit ist Taipeh aus einer weiteren Position verdrängt worden.

WELTPOSTVEREIN

(38) Bei der Jahrestagung des Exekutivrats des 150 Länder umfassenden Weltpostvereins am 18. Mai wurde be-

kanntgegeben, daß die VRCh künftig anstelle der Republik China Mitglied des Vereins sei.

INNENPOLITIK

(39) Festkalender

Der Mai ist ein Monat der Feier und Gedenktage. Der 1. Mai wird als 'Tag der Arbeit', der 4. Mai - in Erinnerung an die Bewegung vom 4. Mai 1919 - als 'Tag der Jugend' (Vgl. hierzu Themen des Monats, 'In die Berge und aufs Land') und der 7. Mai als Gedenktag der berühmten 'Weisungen Mao Tse-tungs vom 7. Mai 1966' (Vgl. hierzu Themen des Monats, 'Neue Kaderpolitik').

Außerdem jährt sich 1972 zum 30. Mal die für kulturell Angelegenheiten so wichtige Yenan-Konferenz über Literatur und Kunst, die am 2. Mai 1942 durch eine Einführungsrede Maos eröffnet und am 23. Mai durch seine Zusammenfassung abgeschlossen worden war.

(40) 1. Mai als Freudenfest

Während in Moskau das Volk der Partei 'Rapport' erstattete und in Ost-Berlin Militärparaden stattfanden, zog Peking die Maifeiern als Freudenfest auf. Noch im vorigen Jahr waren Mao und seinem 'engsten Waffengefährten' Lin Piao auf dem Rostrum des Tiananmen frenetische Massenhuldigungen entgegengebracht worden. Diesmal aber boten die Maifeierlichkeiten der Bevölkerung ein umfangreiches Kulturprogramm in mit Blumengirlanden und Lampions geschmückten Parks, im Kulturpalast und im Sommerpalast. Laienspielgruppen und Berufskünstler gaben auf schnell errichteten Bühnen Theatervorstellungen; das Ballett, die neuen revolutionären Modellopern und Sondervorstellungen von neuen Filmen wurden von der Presse herausgestellt. Auf der Tribüne des Tiananmen hatten Propagandaslogans die Parteiprominenz ersetzt. Mao Tse-tung nahm nicht an den Maifeierlichkeiten teil, und das traditionelle Feuerwerk sowie der Leitartikel der Jen-min jih-pao zum ersten Mai unterblieben. Als besondere 'Gunst' gegenüber den chinesischen Landsleuten verkündete der Generalstab der VBA für den 1. Mai die Einstellung der seit dem 25. Oktober 1958 mit Unterbrechung andauernden Bombenangriffe auf die Küsteninsel Quemoy an. Chinas Presse berichtete lediglich über Maifeiern in Tirana und Bukarest. Der übrige Ostblock und die Sowjetunion wurden ausgeklammert. Pekings propagandistische Einebnung der Hierarchie Führung-Volk, die Ersetzung des Aspekts militärischer Wachsamkeit und ökonomischer Erfolge durch zwanglose Unterhaltung soll im Formalen die gleiche chinesische Eigenständigkeit manifestieren, die der ideologische Disput innerhalb des kommunistischen Lagers gebracht hat. Gelöste Atmosphäre und beglücktes Volk statt revolutionärem Fanatismus würde, wenn man den Symbolismus weitertreiben will, den innen- und außenpolitischen Kurs der Volksrepublik zum Ausdruck bringen.

Da die übrigen Ostblockstaaten traditionell am 1. Mai